

# Ebersberger Umschau

Informationsblatt des SPD-Ortsvereins Ebersberg

Juli 1999

## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

vieles ist derzeit in unserer Kreisstadt in Bewegung. Nicht nur die innerstädtische Verkehrsführung ist neu geordnet und funktioniert jetzt besser. Auch an anderen Ecken von Ebersberg stehen entscheidende Veränderungen an.

Im Klosterbauhof hat inzwischen eine private Investorengruppe den „Kuhstall“ vom Landkreis gekauft. Damit könnte entsprechend dem Vorschlag der SPD bald ein geeigneter Veranstaltungssaal zur Verfügung stehen. In das „Brennereigebäude“ soll der Kunstverein Ebersberg einziehen. Wir hätten dort zwar gerne das Jugendzentrum verwirklicht; dieses soll nun im Rodenstock-Gelände Platz finden. So bekommen unsere Jugendlichen nach mehr als 20 Jahren „Kellerdasein“ endlich ein vernünftiges Raumangebot.

Genauso wichtig ist, daß zu Beginn des nächsten Jahrtausends der Klosterbauhof ein attraktiver und hoffentlich lebendiger Bestandteil der Innenstadt sein wird.

Schritt für Schritt nähert sich auch das Waldmuseum seiner Fertigstellung. Das inhaltliche Konzept ist anspruchsvoll und ausgewogen, so daß man auf eine große Besucherzahl hoffen darf.

Sehr schön wäre ein Wald-Lehrpfad, damit man einen Teil der Informationen aus dem Museum auch praktisch in der Natur nachvollziehen kann. Auch ein Wildgehege würde hervorragend passen. Beides wäre nach unserer Ansicht ohne großen finanziellen Aufwand zu verwirklichen. Die SPD-Stadtratsfraktion wird noch vor der Sommerpause einen entsprechenden Antrag im Stadtrat einbringen.

Hans Mühlfnzl

## Ebersberger Spielplätze - Top oder Flop?

Bei einer Radltour im Stadtgebiet haben die Mitglieder des kommunalpolitischen Arbeitskreises der Stadtratsfraktion sowie des SPD-Ortsvereins die Ebersberger Spiel- und Bolzplatzsituation unter die Lupe genommen.



Der Spielplatz an der Hupfauer Höhe: Hier macht das Spielen keinen Spaß, erfuhren die SPD-Stadträte Angela Portenlänger, Robert Schurer und Reinhard August von den Kindern

Unter den Teilnehmern waren auch viele Kinder, Stadträtin Elisabeth Platzer und Jugendsprecherin Angela Portenlänger: Das Ergebnis war, zumindest teilweise, sehr ernüchternd: einige Spielplätze weisen nicht nur einen lieblosen, sondern auch einen ungepflegten Zustand auf.

- An der Spitze der „Mängelliste“ steht der Spielplatz direkt an der Hupfauer Höhe. Aufgrund des verfallenen Zustandes waren besonders die anwesenden Kinder berührt: fehlende und defekte Geräte, unsicherer Zustand, morsche Holzteile, nicht intakte Tischtennisplatte und Tarzanbahn sowie Glasscherben wurden notiert.

- Enttäuschung auch im Stadtteil Moossteffl: der von der SPD im Jahr 97 beantragte Bolzplatz außerhalb der bebauten Siedlung ist bis heute nicht verwirklicht. Damit ist die Konfliktsituation für die Kinder „rund um den Grafinger Platz“ noch immer nicht gelöst!

Während der Tour wurde u. a. auch nach einem geeigneten Standort für ein von Jugendlichen gewünschtes „Beach-Volleyball-Feld“ gesucht. Die Jugendlichen baten, dafür eine Freifläche an der südlichen Ringstraße - neben dem alten städtischen Wasserwerk - zu untersuchen.

- Die Teilnehmer sprachen sich auch gegen eingeschränkte Spielplatzzeiten und z. B. ein „Spielplatzverbot“ an Wochenenden aus, wie es derzeit am Spielplatz an der Karwendelstraße gefordert wird.

Mit Blick auf die vorhandenen Probleme an die-

sem Spielplatz wurde eine sehr ungleiche Verteilung von Spielflächen im Stadtgebiet festgestellt.

**Fraktionsprecher Robert Schurer: „Die Folge der >Spielplatzanalyse< ist ein erneuter Antrag im Stadtrat. Die SPD-Stadtratsfraktion fordert darin, im nächsten Haushaltsjahr einen Betrag von mindestens 100.000 DM für ein gründliches >Aufpolieren< der Spielplätze zur Verfügung zu stellen.**

Außerdem mahnen wir eine Lösung für die Kinder des Gebiets Moossteffl, sowie eine sofortige Beseitigung der Gefahrensituationen im Stadtteil >Süd-West< an.“



Ebersberg

SPD

## Neue Verkehrsführung in Ebersberg

**3 Monate ist sie erst alt, und doch hat man sie fast schon verinnerlicht: Die neue innerstädtische Verkehrsführung in Ebersberg. Nur noch manchmal muß mit dem fahrbahnen Untersatz eine „Ehrenrunde“ gedreht werden.**

Daß der Verkehr in Ebersberg durch die neue Verkehrsregelung nicht weniger wird, war dem gesamten Stadtrat bei seiner Entscheidung klar. Nur: Flüssiger ist er geworden. Kilometerlange Staus, wie wir sie vor dem 13. April 1999 kannten, sind aufgelöst!



Zur Erinnerung: Wie ist es zur jetzigen Verkehrsregelung gekommen? Ein tägliches Verkehrsaufkommen mit mehr als 20.000 Fahrzeugen in der Innenstadt, eine Umgehungsstraße, deren Verwirklichung auch aus heutiger Sicht noch nicht absehbar ist, haben die Ebersberger SPD-Stadträte schon vor Jahren dazu bewegt, andere Überlegungen für eine innerstädtische Verkehrsregelung zu fordern. In einem

Antrag an den Stadtrat vom März 1996 hatten wir eine Einbahnstraßenregelung gefordert. Im Sommer 1997 haben dann auch der



Bürgermeister und die Ebersberger CSU ihre Blockade gegen einen solchen Vorschlag aufgegeben.

Das was nun Realität ist, beruht auf der Grundidee des SPD-Vorschlags, überarbeitet von zwei jungen Ebersberger Bürgern und dem Verkehrsplanungsbüro Billinger. Die politischen Entscheidungsträger in Ebersberg können durchaus ein wenig Stolz auf ihren Mut sein, eine völlig neue Verkehrsführung zu praktizieren! Wichtig ist, daß damit die Planungen für eine Umgehungsstraße nicht blockiert werden.

Gemeinsame Aufgabe des Stadtrates muß es nun sein, aufgrund der Erfahrungen mit der neuen Verkehrsführung weitere Optimierungen vorzunehmen!

- die Sicherheit der Fußgänger muß auch weiterhin gewährleistet

sein. Dies kann beispielsweise durch neue Fußgängerübergänge und andere Ampelschaltungen erfolgen.

- Fahrradwege sollten in der Bahnhofstraße, Heinrich-Vogel-Straße und Münchner Straße angelegt werden.
- die Geschwindigkeit der Autofahrer muß laufend überwacht werden.

Diese Vorschläge hat der Technische Ausschuß des Stadtrates bereits in einer Sitzung im Mai erörtert.



**Insgesamt sind wir der Ansicht, daß der Verkehrsversuch geglückt ist. Die SPD wird sich im Juli 1999 im Stadtrat für die Beibehaltung einsetzen und weitere Verbesserungen zur Sicherheit der Fußgänger und Radler anstreben.**

### Kommentar - Kommentar - Kommentar

Verkehrsprobleme zur Zufriedenheit aller zu lösen, ist heute nicht mehr möglich. Zwar ist die Zeit der hohen Steigerungsraten im Verkehrsaufkommen beim Binnenverkehr in Städten wie Ebersberg vorbei. Andererseits weisen aber sowohl Quell- und Zielverkehr, als auch der Regional- und Fernverkehr prognostizierte Steigerungen von 10 bis 20 % in den nächsten 10 bis 15 Jahren auf. Dies wird auch im Landkreis Ebersberg spürbar sein. Deshalb war der Vorschlag des SPD- Bundestagsabgeordneten Ewald Schurer, die Bürgermeister der betroffenen Gemein-

den aus Vaterstetten, Zorneding, Kirchseeon, Ebersberg und Steinhöring in der Frage der Realisierung von Ortsumgehungen zu mehr Gemeinsamkeit zu bewegen, völlig richtig. Daß dieser Vorschlag inzwischen schon zu einem ersten Informationsgespräch im Bundesministerium für Verkehr am 23. Juni 1999 führte, stimmt optimistisch. Es muß zu einem vernetzten Handeln der an der B 304 liegenden Gemeinden kommen. Neben der Frage der Ortsumgehungen ist es dabei nach unserer Ansicht genauso wichtig, konkret darüber nachzudenken, die

Verkehrsströme anders und sinnvoller zu leiten. Dazu liegt schon seit Jahren die Forderung der SPD auf dem Tisch, den Verkehr aus Wasserburg/Traunstein großräumig weiter zur A 94 abzuleiten. Eine solche Maßnahme würde mit Sicherheit den Verkehr auch in der Stadt Ebersberg deutlich verringern. Wir meinen, daß durch den Vorstoß von Ewald Schurer wieder Bewegung in diese Diskussion gebracht wurde, was hoffentlich möglichst bald in der Praxis zu einer weiter verbesserten Situation in Ebersberg führt.

Hans Mühlfenzl

## Standortentscheidung in Sachen Jugendzentrum: Chance nicht genutzt

**In der April-Sitzung des Ebersberger Stadtrates ist die Entscheidung für den neuen Standort des Jugendzentrums auf dem Areal des Rodenstockgeländes gefallen. Gegen die Stimmen der SPD-Stadtratsfraktion, die sich mehrheitlich für den Standort Brennereigebäude im Klosterbauhof ausgesprochen hat.**

Vor allem aber hinterlässt dieser Stadtrats-Beschluss bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich beim Betreiberverein AJZ engagieren, einen bitteren Nachgeschmack. Die AJZ sollte nach dem Willen des Stadtrates an der Entscheidungsfindung bzw. Standortsuche beteiligt werden. Doch letztendlich wurde ihr klares

Votum für die Brennerei nicht wirklich ernst genommen und somit auch nicht mit einbezogen.

Nie zuvor ist so intensiv und in solcher Breite über Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in der Öffentlichkeit diskutiert worden wie heute. Nach wie vor beklagen Politiker und Politikerinnen aller Parteien einmütig fehlende Akzeptanz bei jungen Menschen. Das liegt nach Meinung der Jugendforschung vor allem an dem mangelnden Vertrauen der jungen Generation in die Problemlösungskompetenz politischer Entscheidungsträger.

Bei der Frage nach dem Standort für das neue Jugendzentrum in Ebersberg hatte nun der Stadtrat eine echte Chance, Mitwirkung und Beteiligung von Jugendlichen

zu demonstrieren. Doch die Gelegenheit, jungen Menschen politische Mitbestimmungsmöglichkeiten zu eröffnen und ihnen so ihren Platz in der Gemeinde zu gewährleisten, wurde vertan.

Offenbar ist es noch ein sehr weiter Weg, bis sich auch bei der konservativen Ebersberger Stadtratsmehrheit die Erkenntnis durchsetzt, dass Beteiligung von Jugendlichen mehr ist als nur die Abfrage von Meinungen. Fehlendes politisches Interesse junger Menschen geht einher mit der mangelnden Identifikations- und Erfolgsaussicht ihres Engagements.

*Angela Portenlänger (Jugend-sprecherin der SPD-Stadtrats-fraktion)*

## AJZ - AJZ

### Stellungnahme des Kreisjugendrings durch die Vorsitzende Eva Prohaska an den Ebersberger Stadtrat zur Entscheidung „Standort Jugendzentrum“

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ebersberger Stadtrat hat am 21.04.99 entschieden, dass die AJZ in dem Baugebiet auf dem ehemaligen Rodenstock-Gelände neue Räumlichkeiten bekommen soll. Als KJR begrüßen wir, dass nach mittlerweile 26 Jahren ein neuer Standort für den Jugendtreff gefunden wurde. Dennoch wollen wir die Entscheidungsfindung nicht unkommentiert lassen.

Die Stadt Ebersberg, die die Beteiligung von Jugendlichen auf ihre Fahnen geschrieben hat, ist in unseren Augen diesem Anspruch bei der Diskussion über die zwei verschiedenen Standorte - Brennerei und ehemaliges Rodenstock-Gelände - für das AJZ nicht gerecht geworden. Jugendliche an der Kommunalpolitik zu beteiligen muss heißen, ihnen auch tatsächliche Mitwirkungsmöglichkeiten zuzugestehen. Dass dies ein ziemlich hoher Anspruch an Stadträte ist, ist uns klar. Doch sollte sich eine Gemeinde eindeutig dazu äußern, wie viel Wert sie auf die Meinung der relevanten Jugendlichen legt und nicht zunächst den Eindruck erwecken, als würde sie deren Meinung interessieren. Die AJZ wurde jedoch vor die Wahl gestellt, sich zwischen den beiden Standorten zu entscheiden. Ihnen wurden dahingehend Hoffnungen gemacht, dass ihre Wahl eine Rolle spielen würde. In der betreffenden Stadtratssitzung war davon jedoch nicht mehr viel zu spüren. Vielmehr wurde versucht, die Entscheidung der zukünftigen Betreiber anzuzweifeln, um dann über ihre Köpfe hinweg zu entscheiden. Dazu möchten wir einige Beispiele anführen, die unserer Meinung nach den Stellenwert der Jugendlichen zeigen und demonstrieren, wie der Ebersberger Stadtrat Beteiligung von Jugendlichen auffasst. Die Entscheidung, dass das Jugendzentrum nicht in die Brennerei kommt, wurde unabhängig von der Meinung der Jugendlichen getroffen. Wer Beteiligung ernst meint, sollte darunter nicht nur verstehen, dass Meinungen angehört werden, sondern er sollte diese auch berücksichtigen und in die Entscheidungsfindung mit einbeziehen. Erst dann kann von Beteiligung und nicht nur von Anhörung gesprochen werden. Wenn von Beteiligung Jugendlicher gesprochen wird und dann aber lediglich deren Meinung zur Kenntnis genommen wird, werden Jugendliche „verheizt“, und es ist kein Wunder, wenn ihr Interesse an der Kommunalpolitik sich schnell verliert. Uns geht es nicht darum, das Interesse des

Fortsetzung von Seite 3:

Kunstvereins zu kritisieren, vielmehr wollen wir deutlich machen, wie unterschiedlich mit den Aussagen beider Interessenten von Seiten des Stadtrates umgegangen wurde.

Den Jugendlichen der Jugendinitiative wurde unterstellt, sie seien sich selbst gar nicht sicher, welchen Standort sie denn nun wollten. Grundlage dieses Vorwurfs ist ein Gespräch, das zwischen Jugendlichen und der Stadt Ebersberg geführt wurde. Gegenstand des Gesprächs war es, zwischen beiden Standorten abwägen zu können. Die anwesenden Jugendlichen äußerten in diesem Gespräch lediglich ihre private Meinung, welche sich deutlich von der Position unterschied, die dann von den Mitgliedern der AJZ beschlossen wurde. Immer wieder wurde aus dieser Tatsache geschlossen, dass sich die Meinung der Jugendinitiative geändert hat, auch wenn durch den AJZ-Sprecher die Entscheidungsfindung mehrmals erklärt wurde. Von einigen Stadträten wurde aus dieser „Meinungsänderung“ gar geschlossen, dass die Älteren den Jüngeren quasi ihre Meinung aufgezwungen hätten. Die Entscheidung der Jugendlichen wurde dadurch als „zufällig“ abgestempelt, statt den Verein und die Entscheidung seiner Gremien zu akzeptieren. Auf die Idee, die Entscheidung des Kunstvereins für die Brennerei anzuzweifeln, ist niemand gekommen. Aber auch hier könnte dies passieren, hat sich doch der Kunstverein erst das Schloss Hirschbichl als einzig mögliches Domizil ausgesucht. Nun kommt für den Kunstverein auch nur die Brennerei in Frage. Kein Stadtrat würde jedoch auf die Idee kommen, dem Kunstverein Wankelmütigkeit zu unterstellen.

Zum Nachteil gereichte der AJZ auch, dass nicht alle Ebersberger Jugendlichen sich für die Brennerei entschieden haben. Dabei wird ganz offensichtlich übersehen, dass es nur um die Meinung der Jugendlichen der AJZ gehen kann, da sie die NutzerInnen auch der neuen Räume sein werden. Nur die BetreiberInnen eines Jugendtreffs können auch beurteilen, welche Probleme bei dem Betrieb entstehen können und wie sie durch die geeignete Standortwahl behoben bzw. abgeschwächt werden können. Das heißt, der Verein AJZ muss intern eine Entscheidung treffen. Dies ist unter Einbeziehung einer möglichst großen Gruppe an Mitgliedern geschehen. Diese demokratisch getroffenen Entscheidung ist wesentlich und nicht, ob es in Ebersberg Jugendliche gibt, die sich den Jugendtreff vielleicht besser im Rodenstock-Gelände vorstellen können. Diese Argument immer wieder anzuführen bedeutet, der AJZ die Fähigkeit abzusprechen, demokratische Entscheidungen treffen zu können. Es fragt ja auch niemand alle Landkreiskünstler, ob sie sich noch andere Standorte als die Brennerei vorstellen können.

Schließlich wagte es eine Stadträtin sogar ganz eindeutig, den Jugendlichen jede Kompetenz abzusprechen. Sie äußerte, die Jugendlichen würden schon sehen, auch wenn sie jetzt noch ein wenig verärgert sind, dass die Freifläche bei der Rodenstocklösung ideal für sie sei. Aus dieser Aussage könnte man schließen, dass Jugendliche also nicht mitreden können, weil letztlich erwachsene Politiker besser wissen, was gut für Jugendliche ist.

Zu guter Letzt wurde der AJZ auch noch angelastet, dass sie Unterschriften gesammelt und an Informationstischen Werbung für ihr Anliegen gemacht hat. Doch selbst wenn sich einige Unsauberheiten eingeschlichen haben, so sprechen doch die Zahlen - über 800 Unterschriften - für sich. In diesem Zusammenhang wäre es außerdem angebracht gewesen, den enormen Einsatz von Jugendlichen zu würdigen und ihnen diesen nicht vorzuwerfen.

Die AJZler sind die Experten bei der Beurteilung des Standortes, da sie die Probleme in den jetzigen Räumen kennengelernt haben. Sie haben sich ausführlich darüber Gedanken gemacht, welche Vor- und Nachteile die jeweiligen Standorte mit sich bringen. Daher hätten sie als Fachleute behandelt werden sollen. Die angeführten Beispiele demonstrieren unserer Meinung nach jedoch, dass es nicht darum ging, die AJZ an der Entscheidung zu beteiligen, denn dazu hätte die Stadt sie erst einmal ernst nehmen müssen. Es ging auch bei der Entscheidung nicht um die Wahl eines geeigneteren Standortes für den Jugendtreff, sondern um die Entscheidung, welcher der beiden Vereine in die Brennerei einziehen darf. Im Vorfeld der Stadtratssitzung wurde jedoch mehrmals betont, dass es nur um den besseren Standort für die AJZ geht. Den Jugendlichen wurden dadurch falsche Illusionen gemacht.

Bemerkenswert erscheint uns auch, dass Jugendliche in Ebersberg offenbar nicht ins Stadtzentrum passen. So ließ sich die Jugendsprecherin der CSU, von der man meinen sollte, dass sie die Anliegen der Jugendlichen im Blick hat, die Bemerkung nicht nehmen, dass sich ihre „Vision eines Kleinods im Klosterbauhof verabschiedet, wenn das AJZ in die Brennerei kommt.“ Der Eindruck drängt sich auf, dass Jugendlichen solche Räume einfach nicht zustehen und sie lediglich als Störfaktor in dem ansonsten so schönen Klosterbauhof wahrgenommen werden. Von einer Jugendsprecherin sollte man doch erwarten können, dass sie Jugendliche nicht als störendes Element in einer Gemeinde ansieht.

Wir bedauern, dass die Stadt Ebersberg Jugendliche nicht tatsächlich an der Entscheidung über den neuen Standort für die Räume der AJZ beteiligt hat. Selbstverständlich bieten wir der Stadt Ebersberg auch weiterhin unsere Zusammenarbeit bei der Planung des neuen Jugendzentrums an. Auch wenn wir einige Kritik an der Art und Weise der Entscheidungsfindung haben, freuen wir uns, dass der Jugendtreff endlich sein provisorisches Kellerdasein verlassen kann.

gezeichnet: Eva Prohaska

### **Anmerkung der Redaktion:**

*Wir haben uns entschlossen, die ausführliche Stellungnahme des Kreisjugendrings zur Entscheidungsfindung in der Standortfrage Jugendzentrum abzudrucken, um den Ebersberger Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, die Sichtweise des KJR und damit wohl auch des AJZ kennenzulernen.*

*Für die Redaktion*

*Brigitte Schurer*

## Einkaufen in Ebersberg – Umfrageergebnisse

Die Frühjahrsausgabe der "Ebersberger Umschau" gab den Startschuss für die Umfrageaktion "Einkaufen in Ebersberg". Die 3000 verteilten Fragebögen wurden von 330 Haushalten beantwortet. Dafür vielen Dank!

Hier die Ergebnisse:

### Insgesamt

- waren 80,77 % der EbersbergerInnen "alles in allem" mit den Einkaufsmöglichkeiten nicht zufrieden,

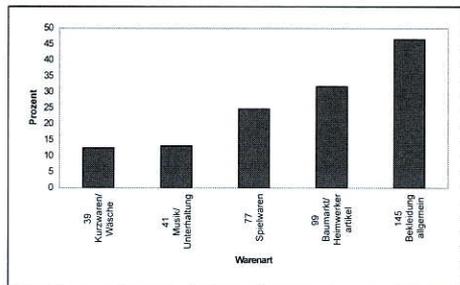


- befinden zwar 84,29 % die Versorgung mit Lebensmitteln "in Ordnung",
- beurteilen aber 94,55 % der EbersbergerInnen die Einkaufsmöglichkeiten für "Waren des nicht täglichen Bedarfs" als nicht ausreichend.



Zu den fünf am meisten genannten **Waren- und Sortimentslücken** zählten laut Umfrage – in der Reihenfolge der Nennungen

- Bekleidung
- Heimwerkerartikel / Baumarkt-sortiment
- Spielwaren
- Musik- und Unterhaltungsartikel
- Kurzwaren und Wäsche

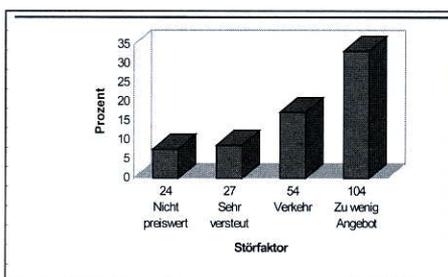


Die Versorgung folgender **Warenbereiche** wird von den an der Umfrage teilnehmenden Haushaltungen als "schlecht/unzureichend" bewertet:

- Heimwerkerartikel (82,69 %)
- Spielwaren (89,10 %)
- Textilien/Wäsche (42,95 %)
- Freizeit- und Sportartikel (58,33 %)
- Musik/Bücher (49,68 %)

Als am **störendsten** beim Einkaufen in der Kreisstadt werden von den EbersbergerInnen die Kritikpunkte

- "zu wenig Angebot in Ebersberg"
- Verkehr
- Verstreute Geschäftslagen / kein Zentrum
- "nicht preiswerte Angebote" empfunden.



Die am häufigsten genannten **Orte**, in denen Einkäufe **außerhalb Ebersbergs** getätigt werden, sind

- Grafing (47,12 %)
- München (41,67 %)
- Rosenheim (33,33 %).

Häufig erwähnte **Warenbereiche**, die **auswärts** gekauft werden, sind

- Bekleidung (32,37 %)
- Heimwerkerartikel (18,91 %)
- Freizeit- / Sportartikel (14,10 %).

14 % der Teilnehmenden erklärten sogar – unaufgefordert – alle Güter

des nicht täglichen Bedarfs außerhalb der Stadt Ebersberg einzukaufen.

Die vorliegenden Ergebnisse sind für den Ebersberger Einzelhandel, damit aber auch für die Stadt, eine Aufforderung zum Handeln. Der überwiegende Grund für den hohen Abfluss der örtlichen Kaufkraft – obwohl die Stadt positive Steuer-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten aufweist – muss in der

- nicht vorhandenen Angebotsbreite und insgesamt in der
  - fehlenden Einkaufsattraktivität der Stadt
- gesehen werden. Als Einkaufsstandort akzeptieren die Verbraucher die Stadt eben nur dann, wenn sie sicher sind, mehr Warenbereiche und Artikel einkaufen zu können und Vergleichsmöglichkeiten zu besitzen.

Deshalb hat die SPD-Fraktion einen Antrag in den Stadtrat eingebracht. Dieser Antrag beinhaltet konkrete Initiativen, u. a.

- für eine gezielte Standortpolitik zugunsten von Einzelhandelsflächen im Stadtzentrum (z. B. in der Innenstadt zwischen Klosterbauhof und Marienplatz)
- Aktivitäten im Sinne eines "Stadtmarketings" und
- eine koordinierte Tätigkeit der örtlichen Geschäfte und der Werbegemeinschaft, um "Einkaufsbewußtsein" bei den EbersbergerInnen zu schaffen.

**Robert Schurer: "Ziel muss es sein, Ebersberg mit seinen Einkaufsmöglichkeiten so attraktiv zu gestalten, dass es für die BürgerInnen selbst, aber auch für das Umland ein lohnender Einkaufsstandort wird. Dazu muss aber ein >Schwellenwert an Grundattraktivität< aus Sicht der Kunden erreicht werden, der nach Ansicht der meisten EbersbergerInnen heute nicht vorhanden ist."**

Die Beratungen dazu werden im Juli im Stadtrat aufgenommen.



## STAMMTISCH

Jeden ersten Freitag im Monat trifft sich der SPD-Ortsverein um 19.30 Uhr zum Stammtisch im Gasthof zum Tor. Ratschen, gemütliches Beisammensein, aber auch Diskussionen zu aktuellen Themen werden geboten.

Das nächste Mal ist es am 8. August wieder soweit.

Alle Interessierten MitbürgerInnen sind herzlich willkommen.

Ebersberger Umschau, Informationsblatt der Ebersberger SPD, Ortsvorsitzender  
Hans Mühlfnz, Karwendelstraße 100  
85560 Ebersberg

## Radflohmarkt ein voller Erfolg!

**„Wohin mit den alten Radeln, Dreirädern und Inline-Skates?“, so fragen sich viele Ebersberger alljährlich bei ihrem Frühjahrsputz. Die Antwort darauf bot auch heuer wieder der nun schon traditionell stattfindende Radlbasar des SPD-Ortsvereins.**

So herrschte am Samstag, den 20. April in der Sieghartsburg frühmorgens um 9.00 Uhr ein reger Handel zwischen Anbietern und „Radsuchenden“. Vor allem viele gut erhaltene Kinderräder wechselten dabei den Besitzer.

Verbunden mit dem Flohmarkt war diesmal ein Spendenaufruf für die Aktion „Ferienprogramm in Ebersberg“. So konnte ein Gesamtspendenbetrag von 140,- DM an das „Ferienprogramm für Kinder von Berufstätigen und Alleinerziehenden“ überreicht werden.

Nochmals herzlichen Dank an alle Spender!



*Der SPD-Ortsverein Ebersberg wünscht Ihnen allen eine schöne Ferienzeit und einen erholsamen Urlaub!*

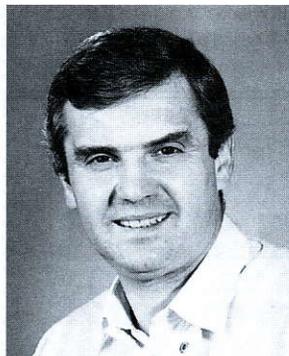
## Ein Ebersberger in Bonn

**Weichenstellung gelungen: Trotz Sparpaket 54 Milliarden Mark Entlastung für Arbeitnehmer, Familien und Mittelstand**

**Die Bundesregierung hat ihr Einsparziel von 30 Milliarden Mark erreicht. Damit kann der Haushalt 2000 ohne Steuererhöhungen solide finanziert werden. Dennoch gelingt es in dieser Legislaturperiode, Arbeitnehmer, Familien und den Mittelstand um rund 54 Milliarden Mark zu entlasten. Zusätzlich werden 6 Milliarden Mark für eine weitere Erhöhung des Kindergeldes zur Verfügung gestellt.**

Die neue Bundesregierung hat von CSU-Finanzminister Waigel eine dramatische Haushaltslage übernehmen müssen. Allein die jährliche Zinslast ohne Tilgung in Höhe von 82 Milliarden Mark stranguliert die Handlungsfähigkeit des Bundes.

Dennoch hält die SPD an den Eckpunkten ihres Wahlprogramms fest:



**MdB Ewald Schurer**

- Die Investitionen in Forschung, Bildung und Wissenschaft werden jährlich um 1 Milliarde DM erhöht.
- Auch in 2000 und 2002 gibt es weitere spürbare Steuersenkungen für Arbeitnehmer und Familien und Kindergelderhöhungen.
- Wir werden weitere positive Signale für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit setzen. So wird das erfolgreiche Sonderprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit verlängert, die Senkung der Lohnnebenkosten fortgeführt und 2001

eine große Unternehmensteuerreform realisiert.

Die Rentenkasse steht vor strukturellen Problemen. Waigels Alternative wäre eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 bis 3 Prozentpunkte gewesen. Der Reformvorschlag von Bundesarbeitsminister Riester garantiert jedoch für die Zukunft sichere Renten. Mit einer steuerbegünstigten freiwilligen Vorsorge kann das Rentenniveau sogar auf über 70% steigen. Zudem werden Kleinrenter durch eine steuerfinanzierte Grundrente abgesichert

Das „Riester-Modell“ sichert die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner auch in den kommenden beiden Jahren, bevor dann wieder deutliche Rentenerhöhungen kommen werden.

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht wichtig ist auch die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge auf langfristig unter 20%, während bei Blüm spätestens ab dem Jahr 2030 26% fällig gewesen wären. Dies hätte verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaft gehabt.